



WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Jetzt heißt es auch für Unabhängige: aktiv werden!

Weil am 2. Oktober viel auf dem Spiel steht.

Erstmals seit Jahrzehnten gibt es bei dieser Wahl die Chance auf einen Bundespräsidenten, der im weitesten Sinn dem realitätsbezogenen „Lager“ in Österreich und dem „normalen“ Volk zuzuordnen ist und nicht den Illusionisten einer abgehobenen „Elite“, die keine Ahnung mehr hat von den wirklichen Lebensverhältnissen in unserem Land. Deshalb hat sich die seit bald 30 Jahren überparteilich arbeitende „Initiative Heimat & Umwelt“ entschlossen, bei dieser Wahl den freiheitlichen Kandidaten **Ing. Norbert Hofer** nun auch aktiv zu unterstützen. Auf vielfachen Wunsch zahlreicher Leser der August-WEGWARTE haben wir nun wieder ein eigenes **WAHLFLUGBLATT** drucken lassen, das in der aktuellen SONDERAUSGABE enthalten ist. Bitte lesen Sie es aufmerksam durch und helfen auch Sie mit, daß es möglichst viele Mitbürger in ganz Österreich erreichen kann! Der Wahlausgang könnte wieder **sehr knapp** werden....

Bei Abtrennen und ineinander Falzen haben Sie ein **handliches Faltprospekt** vor sich, das Sie gleich weitergeben können. Fertig gedruckte und gefaltete Exemplare



Inge Rauscher,
Obfrau der „Initiative Heimat & Umwelt“:

Besser als die „Berichte“ der gesteuerten, kommerziellen Medien zu beklagen ist es, selbst ehrliche Informationen zu verbreiten!

können Sie **in jeder gewünschten Menge zum Verteilen** von Haus zu Haus oder Wohnung zu Wohnung bei uns anfordern: telefonisch unter 02242/70516 oder 0664/425 19 35, per E-mail unter **ihu@a1.net**, oder durch Vermerk am beiliegenden Zahlschein „Bitte Stück Wahlflugblätter zuschicken“. In ein/zwei Tagen kann man an die tausend Flugblätter in die Briefkästen von Mitbürgern austragen, in dicht verbauten Gebieten auch mehr. Natürlich können Sie das Wahl-Flugblatt

auch **per E-mail** weiterverbreiten, wir senden es Ihnen gerne auf Anforderung zu. Wenn viele WEGWARTE-Leser dabei mitmachen, können wir „mit vereinten Kräften“ sicher **viele hunderttausend Info-Blätter** verteilen. Wer kann, möge bitte auch einen Beitrag zu den Produktions- und Portokosten überweisen.

Die Flugblätter sollten **möglichst rasch** ausgetragen werden, da man z.B. einen Teil der Briefwähler, die bei der ersten Stichwahl über 14 % aller Wähler ausmachten, sonst gar nicht mehr erreichen würde. Diese können ja auch diesmal bereits ab ca. zwei Wochen vor dem Wahltag ihren Stimmzettel abschicken.... **In Wien** können Flugblätter (auch tausende) jederzeit auch **bei der Druckerei direkt** abgeholt werden: Fa. Hannes Schmitz, 1200 Wien, Leystr. 43 (Nähe U-6-Stationen „Handelskai“ oder „Dresdner Straße“), jeweils Mo - Fr 8 bis 16 Uhr geöffnet, Tel. 01/330 340 330, E-mail: office@buttons4you.at

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

„Es gibt nichts Gutes, außer: Man tut es!“

Erich Kästner (1899-1974)

Buchempfehlung:

„Der Staat in der Flüchtlingskrise - zwischen gutem Willen und geltendem Recht.“

In diesem neuen Sachbuch kritisieren **20 (!) renommierte deutsche Spitzenjuristen** aus den Bereichen Staats-, Verfassungs- und Verwaltungsrecht, darunter ein Richter des deutschen Bundesverfassungsgerichts, Merkels Flüchtlingspolitik mit den Worten:

- „Der Rechtsstaat ist im Begriff, sich im Kontext der Flüchtlingswelle zu verflüchtigen, indem das geltende Recht faktisch außer Kraft gesetzt wird.“
- „Regierung und Exekutive treffen ihre Entscheidungen am demokratisch legitimierten Gesetzgeber vorbei.“
- „Staatsfinanzierte Medien üben sich in Hofberichterstattung, das Volk wird stummer Zeuge der Erosion seiner kollektiven Identität.“

Dieses Buch ist ein Paukenschlag. Namhafte deutsche Staatsrechtler (u.a. Lehrstühle Bonn, Freiburg, Köln, Marburg, Tübingen, LMU) erheben Anklage gegen die Bundesregierung in bisher nicht gekannter Schärfe, wenn nicht seit Bestehen der Bundesrepublik.

Angeprangert wird weiterhin die allgemeine Erosion des Rechtsstaats, die Verdrängung des Rechts durch individuelle Moral, die Einengung des öffentlichen Diskurses mit sprach- und moralpolizeilichen Mitteln durch Medien und Personen des öffentlichen Lebens, und im Ergebnis der Ersatz realpolitischer Diskussionen durch irrationale Ethikdebatten und Schönrederei.

Widerlegt wird die Tragfähigkeit, aber auch die moralische Überlegenheit, eines menschenrechtlichen

Universalismus („Alle Menschen werden Brüder“); selbst das christliche Gebot der Nächstenliebe unterliegt nach Augustinus dem **Vorbehalt des Möglichen**, aber erst recht gilt dieser Vorbehalt für eine staatliche Solidargemeinschaft wie die Bundesrepublik Deutschland.

(Anmerkung der Redaktion: Für Österreich gilt das gleiche.)

Dies nur einige der in der Immigrantenkrise essentiellen Themen für das Fortbestehen der Bundesrepublik Deutschland als dem vom Grundgesetz gewollten Nationalstaat der Deutschen.

Herausgehoben sei exemplarisch der Aufsatz von **Prof. Murswiek** (Inst. f. Öffentliches Recht, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg):

Es werden kurz und präzise die Grundlagen der deutschen Staatlichkeit, des Grundgesetzes als der Verfassung des deutschen Volkes („ein Volk einheitlicher Kultur und Geschichte, einheitlicher Sprache und Grundgesinnung“) und des Rechtsstaats in seiner historisch gewachsenen Funktion der Begrenzung politischer Handlungsmöglichkeiten herausgearbeitet.

Die Bundesregierung hat in mehrerer Hinsicht die Verfassung gebrochen und wesentliche Prinzipien der deutschen Staatlichkeit verletzt:

- Der Verzicht auf eine Obergrenze für die Aufnahme von „Flüchtlingen“ ist **mit dem Grundgesetz unvereinbar**, wenn man davon ausgeht, daß die Immigranten aus fremden Kulturkreisen dauerhaft hierbleiben. Dies ergibt sich aus vielfältigen Gründen wie Wahrung der inneren

Sicherheit, der ökonomischen Voraussetzungen für den Sozialstaat, der Eigentumsordnung, des freiheitlichen Zusammenlebens, Vermeidung des Überwachungsstaates.

- Die Regierung darf nicht die Identität des Volkes, dem sie ihre Legitimität verdankt, strukturell verändern. Tut sie es doch, bricht sie das Prinzip der Volkssouveränität und widerspricht dem Grundgesetz, das vorsieht, daß es **nicht irgendein Volk** ist, von dem in Deutschland die Staatsgewalt ausgeht, **sondern das deutsche Volk**.

- Eine Einwanderungspolitik, die zur **Umwandlung** Deutschlands **in einen** multikulturellen oder **Vielvölkerstaat** führt, ist ohne verfassungsgebenden Volksentscheid mit dem Grundgesetz unvereinbar. Auch völkerrechtlich steht dem deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu.

- Eine Entscheidung wie die dauerhafte Öffnung der deutschen Staatsgrenzen ist als wesentliche Entscheidung dem Parlament vorbehalten.

- Durch Anordnung des generellen Verzichts auf Anwendung von §18 Abs. 2 AsylG an der deutschen Staatsgrenze wird die Bindung der Exekutive an das Gesetz in Frage gestellt (Art. 20 Abs. 3 GG)

Quelle: Rezension bei Amazon

In Österreich zu beziehen bei office@meinbuecherdienst.at, Tel. 07227/80188, zum Preis von 27,70 € plus Porto (272 Seiten). Siehe auch im Internet unter www.meinbuecherdienst.at

Wir danken allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit für Österreich ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

WEGWARTE

26. Jahrgang, Folge 5, September 2016, Zulassungsnr. "02Z033544S", Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt, Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien, Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5,

Tel.: 02242/70516 oder 0664/425 19 35, ihu@a1.net,

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 29.08.2016, **Spendenkonto: IBAN: AT366000000007483053, BIC: OPSKATWW**

Wir wollen keinen unehrlichen Bundespräsidenten!

Wer zentrale politische Werte sein gesamtes Leben lang mit Füßen treten, verachtet und sogar als verwerflich hingestellt hat, um diese dann plötzlich im Wahlkampf groß zu plakatieren und positiv herauszustellen, ist in höchstem Maße unglaubwürdig!

Mißbrauch des Wortes „HEIMAT“

„Wer Heimat im Herzen hat, hat Scheiße im Hirn“ und „Nimm ein Flaggerl für Dein Gacker!“ (nämlich die Österreich-Fahne für den Hundekot) waren Plakatslogans der „Grünen Jugend“, die die wahre Denkungsart dieser Partei, die mit Umweltschutz schon lange nichts mehr am Hut hat, deutlich offenbarten. Van der Belen entlockten sie nur die Aussage: „Naja, so sind sie halt, die Jungen“. Es störte ihn nicht wirklich. Aber für die Wahlplakate braucht er das Wort „Heimat“, da er genau weiß, daß man damit Stimmen gewinnt. Und da muß man dann eben so tun als ob, auch wenn man jahrelang eine vorbehaltlose **Pro-Multi-Kulti-Partei** angeführt hatte und nach wie vor gegen Obergrenzen bei Einwanderern ist. Durch eine solche Einstellung wurde aus Österreich ein Land, in dem Vergewaltigungen und andere schreckliche Verbrechen durch Fremde an der Tagesordnung stehen. Über seine „Grünen“ sagte er am 7.9.2010: „**Ja, wir sind eine Ausländerpartei. Na und?**“. In diesem Sinne ist auch sein aktueller Plakatslogan „**Heimat für alle**“ zu verstehen.

Mißbrauch des Begriffes „UNABHÄNGIG“

Van der Bellen war 15 Jahre lang Mitglied der SPÖ, 11 Jahre lang Bundessprecher der Parlaments-„Grünen“, davon 9 Jahre lang als Klubobmann (bis 2008). Von 2012 bis 2015 war er für die „Grünen“ im Wiener Gemeinderat und Landtag. Sein Wahlkampf wird finanziell, logistisch und personell zum Großteil von den „Grünen“ getragen. Seine Frau ist Geschäftsführerin des „Grünen“ Klubs im Parlament und will diese Position im Falle seiner Wahl zum Bundespräsidenten nicht aufgeben. Trotzdem will er den Österreichern weismachen, daß er ein „unabhängiger“ Kandidat sei. Als „Grüner“ stört ihn auch nicht, daß einer seiner größten „Privatspenden“ der Bau-Großindustrielle Hans Peter Haselsteiner mit 100.000,- € ist.

INITIATIVE Heimat & Umwelt

IHU

Dieses Info-Blatt einer seit vielen Jahren wirklich unabhängigen Bürgerinitiative entstand aus Verantwortungsgedanken für Österreich, aus eigenem Antrieb, finanziert aus ausschließlich freiwilligen Kostenbeiträgen bewußter, nicht parteigebundener Staatsbürger, und wird verteilt von ausschließlich ehrenamtlichen Mitarbeitern.

Obfrau der Initiative: Inge Rauscher

Kontaktadressen: p.A. 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5

Tele. 02242/70516 oder 0664/425 19 35

E-mail: ihu@a1.net

Wir haben keinerlei Naheverhältnis zur FPÖ oder irgendeiner anderen Parlamentspartei, beobachten aber die politische Lage in Österreich seit Jahren sehr genau.

Wahlanfechtung für Weiterentwicklung der Demokratie sehr wichtig!

Daß wir Österreicher und Österreicherinnen jetzt nochmals die Möglichkeit haben, in einem weit korrekteren Auszählungsverfahren als bei allen bisherigen Wahlen unser neues Staatsoberhaupt wählen zu können, verdanken alle Demokraten der auf 156 Seiten begründeten Wahlanfechtung von **Dr. Dieter Böhdorfer**, dem früheren Justizminister. Der Verfassungsgerichtshof hat nun zahlreiche Durchführungsbestimmungen aufgrund der bestehenden Gesetzeslage für alle kommenden Wahlen angeordnet, die ab nun von allen Behörden beachtet werden müssen. Das wird zu wesentlichen **Verbesserungen** führen, was schon lange überfällig war und nur aufgrund des extrem knappen Ergebnisses der ersten Stichwahl gerichtlich geltend gemacht werden konnte.

Ohne die Wahlaufhebung hätten wir jetzt bereits einen Bundespräsidenten, der seine Kompetenzen reduzieren anstatt nutzen will und eine FPÖ-geführte Regierung auch dann nicht angeloben würde, wenn sie aus den Nationalratswahlen als stärkste Partei hervorgeht.

Impressum/für den Inhalt verantwortlich:
Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5.

Bitte weiterverbreiten!

WARUM GERADE DIESE

BUNDESPRÄSIDENTENWAHL

SO WICHTIG IST.

Der Bundespräsident ist der einzige vom Gesamtvolk direkt gewählte Vertreter Österreichs nach innen und außen und hat deshalb **weitgehende Kompetenzen** gemäß der österreichischen Bundesverfassung. Das ist auch sehr sinnvoll, nur wurden diese bisher nie genutzt, da die bisherigen Bundespräsidenten immer nur verlängerte Arme der rot-schwarzen Regierungsparteien waren.

Der Bundespräsident kann **Volksabstimmungen** anordnen, hat bei der Regierungsbildung Mitentscheidungsbefugnisse, kann Minister ablehnen, ist der Letztverantwortliche beim Abschluß von Staatsverträgen, z.B. auch bei allen **EU-Verträgen**, die ohne seine Unterschrift nicht in Kraft treten können. Das gilt auch für die drohenden Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada - CETA, TTIP und TiSA. Er ist auch **Oberbefehlshaber des Bundesheeres**.

Diesmal gibt es die Chance auf einen **aktiven** Bundespräsidenten, was unserem Land sehr gut tun würde. Ob sie genutzt wird, liegt an uns allen und der Wahlentscheidung, die wir für den 2. Oktober treffen. Es ist voraussichtlich eine Entscheidung für die nächsten 12 Jahre.

Auf den nächsten Seiten:

Was Sie über die Medien nicht erfahren können.

Alle gegen einen? Warum Norbert Hofer so bekämpft wird.

Für welche politischen Inhalte steht er tatsächlich? Einige wichtige Punkte aus unabhängiger Sicht.

Wegen seiner Ablehnung von TTIP und Gemannipulation.

Hofer hat von Anfang an versprochen, TTIP und CETA, die ruinösen Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada, als Bundespräsident nicht zu unterschreiben und eine Volksabstimmung darüber zu verlangen. Er war von Anfang an ein Gegner der Gemannipulation, währenddessen Van der Bellen sich immer wieder für Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmittel einsetzte. Der EU-Vertrag von Lissabon, dem er als „Grünen“-Chef im Parlament zustimmte, enthält das einheitliche **EU-Patent auf Leben!** Die Gentechnikindustrie kann seither ihre Patente auf Knopfdruck in (fast) allen EU-Ländern gleichzeitig durchbringen. In seinem Personenkomitee für die aktuelle Wahl befinden sich einige vehemente Gentechnik-Befürworter wie Franz Fischer, Ex-EU-Kommissar, und Christian Konrad, Ex-Raiffeisen-Boss.

Wegen seiner Befürwortung von direkter Demokratie und Selbstbestimmung für Österreich.

Van der Bellen ist gegen direkte Demokratie. Diese nennt er generell eine „gefährliche Umgehung der repräsentativen Demokratie“ gemäß eines Interviews im „Standard“. Er ist sogar dafür, teilweise Entscheidungen an Experten abzugeben, also für ein System im Sinne der Konzerne, die sich Experten nach Belieben kaufen können. Hofer hingegen drängt auf mehr Volksabstimmungen und Volksbefragungen gemäß dem seit vielen Jahren in der Schweiz sehr bewährten Verfassungsprinzip, wonach diese bei allen wichtigen Fragen durch das Volk selbst herbeigeführt werden können.

Wegen seiner Haltung zu EU und NATO.

Mit dem EU-Vertrag von Lissabon, dem nunmehr geltenden Gesamtvertrag der EU, stimmte Van der Bellen u.a. für die Festschreibung der **EU-Atomgemeinschaft** Österreichs. Die in diesem EU-Vertrag enthaltene Beistandspflicht ist mit der österreichischen **Neutralität** nicht vereinbar. Die FPÖ mit Norbert Hofer stimmte 2008 im Parlament gegen diesen EU-Vertrag.

Van der Bellen befürwortet völkerrechtswidrige Angriffskriege der NATO. In Libyen forderte er 2011 „militärische Mittel zur Durchsetzung des Willens der Staatengemeinschaft“ - siehe <http://tinyurl.com/8uz3b4> Die Folgen: Gaddafi wurde umgebracht und der IS übernahm das Kommando. Die heute stattfindende Massenflucht aus Nordafrika nach Europa ist eine Folge davon.

Im Gegensatz zu Hofer ist Van der Bellen ein Globalist. Er will die „Vereinigten Staaten von Europa“ nach dem Muster der USA und damit die Abschaffung des österreichischen Staates.

Wegen seinem Eintreten für langjährige Ziele der Umweltbewegung.

Hofer ist seit Jahren einer der stellvertretenden Vorsitzenden von EUROSOLAR AUSTRIA, der gemeinnützigen europäischen Sonnenenergie-Vereinigung. Er ist Herausgeber des im Juni 2015 erschienenen Buches „Energie und Lebensmittel - Grundlagen der Freiheit“ sowie des im April 2011 erschienenen Buches „Nur selbstversorgt heißt souverän.“ Zentraler Inhalt: „Die wesentlichen Grundlagen staatlicher Souveränität sind die Selbstbestimmungs- und Selbstversorgungsfähigkeit auf dem Wasser-, dem Lebensmittel- und dem Energiesektor.“

Wegen seiner positiven Einstellung zum österreichischen Bundesheer.

Hofer tritt für eine Stärkung des Bundesheeres, in dem er auch seinen Präsenzdienst abgeleistet hat, im Sinne der Landesverteidigung und der inneren und äußeren Sicherheit ein. Van der Bellen hat weder Präsenzdienst noch Zivildienst geleistet, möchte jetzt aber trotzdem Oberbefehlshaber des Bundesheeres werden.

Wegen seinem klaren Bekenntnis zu Familie und Kindern.

Hofer tritt für den Schutz des menschlichen Lebens insgesamt ein, von Ungeborenen, alten und behinderten Menschen. Er ist ein Gegner der „Sterbehilfe“, Van der Bellen ein Befürworter; dieser will auch die Abtreibung auf Krankenschein, als wäre Schwangerschaft eine Krankheit. Jedes Volk kann aber nur in eigenen Kindern überleben! Hofer ist für die traditionelle Familie mit

Vater, Mutter und Kindern und lehnt ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare ab. Er fordert soziale Verbesserungen für Familien und einen Ausbau der Rechte auch von Vätern im Falle von Scheidungen.

Wegen seiner Aussagen zur Masseneinwanderung und deren Folgen.

Hofer ist klar gegen die verantwortungslose „Willkommenskultur“ einer Merkel, Van der Bellen dafür. Hofer unterstützt in dieser Frage die aktuellen Positionen von Außenminister Kurz. Demnach soll bereits außerhalb der Grenzen Europas geprüft werden, wer tatsächlich persönlich verfolgter Flüchtling gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention ist. Nur diese haben ein Recht auf (vorübergehendes) Asyl, wobei dieses von dem jeweils ersten sicheren Land zu gewähren ist, das der Flüchtling erreicht. Bei allen anderen handelt es sich um meist wirtschaftlich und sozial motivierte, oft unter falschen Versprechungen herbeigeführte Einwanderung, auf die keinerlei Recht besteht und die nur nach Maßgabe der realen Möglichkeiten und des sozialen Friedens gewährt werden kann.

Hofer steht gegen das bestehende Machtkartell - Van der Bellen dafür.

Die ersten Plakatständer für Hofer waren kaum aufgestellt, wurden sie schon wieder, z.B. in der Steiermark, offenbar planmäßig in großem Ausmaß zerstört - siehe <http://steiermark.orf.at/news/stories/2792937/>

Die **SPÖ** unterstützt Van der Bellen ganz offiziell durch Zurverfügungstellung großer Plakatflächen in ganz Österreich und durch ihren gesamten Parteiapparat, auch die **NEOS** und ihr Hauptfinanzier Haselsteiner, ebenso wie zahlreiche vor allem der durch Wähler längst abgestraften, früheren **ÖVP-Granden** wie Busek & Co, auch **Irmgard Griss**, der Großteil der **Amtskirche** und der sogenannten NGO's, und die Armada der von öffentlichen Aufträgen (= SPÖ und ÖVP) abhängigen **Staatskünstler** wie Schauspieler, Sänger, Kabarettisten usw. Es geht also am 2. Oktober darum, ob diese wie von unsichtbarer Hand dirigierte **Einheitsfront** von „oben“ durch das Volk von „unten“ durchbrochen werden kann.